



Niederschrift

**über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 15/2003-2008 am
12.12.2005 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Michael Meschede
Ausschussmitglied	Dietmar Bittner
Ausschussmitglied	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Stellv. Ausschussmitglied	Horst Ostwald (für AM Pemöller)
Stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth v. Bressensdorf (für AM Rommerskirchen)
Ausschussmitglied	Peter Rüster
Ausschussmitglied	Carsten Schäfer
Ausschussmitglied	Jörg Schlömann
Stellv. Ausschussmitglied	Wilfried Wengler (für AM Schümann)
Stellv. Ausschussmitglied	Johann Schümann (für AM Süme), zugleich als 1. stellv. Bürgervorsteher

seitens der Gemeindeverwaltung Bürgermeister Volker Dornquast
Jens Richter
Bärbel Brix als Protokollführerin

Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 14/2003-2008 am 28.11.2005**
3. **Abwasserbeseitigung**
 - a) **Kalkulation der Abwassergebühren 2006**
 - b) **3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)**
 - c) **2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)**
4. **4. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren**
5. **Berichtswesen — Anhängige Gerichtsverfahren**



6. Überplanmäßige Ausgabe

7. Haushalt 2006 - Antrag der WHU-Fraktion -

8. Unterrichtungen / Anfragen

9. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Ausschussvorsitzender Michael Meschede begrüßt die anwesenden Personen und eröffnet die Sitzung.

Herr Meschede verweist auf die geänderte Tagesordnung aufgrund eines fristgerecht eingegangenen Antrages der WHU-Fraktion zum Haushalt 2006. Seitens der Gemeindeverwaltung ist eine Tischvorlage mit Tagesordnungspunkt „Überplanmäßige Ausgabe“ verteilt worden. Die Ausschussmitglieder sind sich einig darin, diese Vorlage zu Tagesordnungspunkt 6 zu beraten und den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 und folgende entsprechend zu verschieben.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen durch Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 14/2003-2008 am 28.11.2005“

Frau Lessing wendet ein, dass der Beschluss auf Seite 11 der Niederschrift die Ausgabenansätze für das Inventar der Gruppe 9350 betrifft. Beantragt war seitens der CDU-Fraktion die Kürzung der Ausgabenansätze des Deckungskreises 9350. Die Mitglieder kommen überein, die Niederschrift nicht zu ändern, weil im Antrag der CDU-Fraktion die Haushaltsstellen einzeln aufgeführt sind und mit dargestellter Beschlussfassung übereinstimmen.

Herr Meschede bittet, den letzten Absatz auf Seite 19 zum Tagesordnungspunkt 10 der Niederschrift um die Worte „ ... auf Hinweis der SPD-Fraktion ...“ zu ergänzen. Dieser Antrag wird von den Ausschussmitgliedern angenommen. Die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 14/2003-2008 am 28.11.2005 ist auf Seite 19, 4. Absatz, wie folgt zu ändern:

„Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird auf Hinweis der SPD-Fraktion entsprechend der Regelung in der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg die Beratung beendet. Lediglich der Tagesordnungspunkt 11 „Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“ wird durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Meschede aufgerufen.“



Es werden keine weiteren Einwendungen erhoben; die Niederschrift über die Sitzung 14/2003-2008 am 28.11.2005 gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesesordnung:

„Abwasserbeseitigung“

- a) **Kalkulation der Abwassergebühren 2006**
- b) **3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)**
- c) **2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Ausschussmitglieder zwei Beratungsvorlagen einschließlich eines Entwurfes der Schmutzwassergebührensatzung und der Niederschlagswassergebührensatzung und weiterer Anlagen erhalten.

Frau Lessing trägt vor, dass die in der Gebührenkalkulation angesetzten Personalausgaben als nicht gesichert anzusehen sind. Dieser Umstand ist in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.10.2005 deutlich geworden. Die SPD-Fraktion ist daher der Auffassung, eine stabile Kostenentwicklung abzuwarten und vorerst keine Erhöhungen vorzunehmen.

Herr Brocks vertritt die Meinung, Grund- und Benutzungsgebühren konstant zu halten und gegen Ende des Jahres 2006 zu beurteilen, ob eine Änderung der Gebührensätze notwendig bleibt.

Frau Honerlah stellt an die Verwaltung die Frage, wie sich die Personalkostenanteile weiter entwickeln werden. Die Personalkosten betragen bereits jetzt das vierfache der Zahl, die zwei Jahre zuvor kalkuliert war. Im Nachtragshaushalt des Jahres 2005 sind die Ausgaben stark erhöht worden.

Bürgermeister Dornquast verweist auf die Berechnung der Personalkostenanteile, die der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.10.2005 als Anlage beigefügt ist. Das Jahr 2004 ist vollständig abgerechnet, darin sind alle Kosten enthalten. Defizite und Überschüsse aus der Kostenrechnung für die Gebührenkalkulation sind innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen. Derzeit kann keine Prognose darüber abgegeben werden, wie sich der Arbeitsplatzkostenanteil entwickeln wird. Die Gebühren sind erstmals zum 1.1.2005 erhoben worden und es wird etwas Zeit brauchen, bis sich eine jährlich gleichmäßige Kostenbelastung ergibt.

Nachdem sich keine weiteren Wortbeiträge ergeben, schlägt Herr Wengler vor, über den Verwaltungsvorschlag getrennt nach Buchstabe a, Buchstabe b und Buchstabe c abzustimmen.

Beschluss:

a) Kalkulation der Abwassergebühren 2006

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss erkennt die Grundlagen für die Ermittlung der Abwassergebühren in Höhe von



**0,52 €/m³ für Kleinkläranlagen,
5,69 €/m³ für Sammelgruben,
1,82 €/m³ für Schmutzwasserkanal
an. Die Grundgebühr und die die Benutzungsgebühr
für den Niederschlagswasserkanal sind auf dem bis-
herigen Stand zu belassen.**

Beschlussfassung: Einstimmig

Beschluss: b) 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung):

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung) gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussfassung: Einstimmig

Beschluss: c) 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung):

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss spricht sich gegen die Erhöhung der Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung aus und empfiehlt der Gemeindevertretung, die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung) unverändert zu lassen.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„4. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren“

Den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses ist zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beschlussvorlage einschließlich Entwurf der 4. Nachtragssatzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren zugegangen.

Die wesentlichen Änderungen der Verwaltungsgebührensatzung werden vorgestellt. Es ergeben sich keine Wortmeldungen.



Beschluss: Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 4. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren entsprechend dem vorgelegten Entwurf zu beschließen.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
„Berichtswesen – Anhängige Gerichtsverfahren“

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses den Bericht mit der laufenden Nr. 4/25/2005 erhalten.

Bürgermeister Dornquast erläutert die verfahrensanhängigen Sachverhalte betreffend die Oberflächenentwässerung Götzberg und die Erstattung von Abwassergebühren in einem Einzelfall.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
„Überplanmäßige Ausgabe“

Als Beratungsunterlage haben die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vor der Sitzung eine Tischvorlage erhalten.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Tischvorlage. Der Kreis Segeberg zahlt die Kosten einer Unterkunft an den jeweiligen Empfänger des Arbeitslosengeldes II aus. Die Gemeinden sind verpflichtet, sich an den Unterkunfts-kosten mit 23% zu beteiligen. Mit Inkrafttreten der „Hartz IV“-Gesetzgebung stand nicht fest, wie hoch die Kosten der Unterkunft insgesamt sein würden. Deshalb hat man den Gemeinden zunächst eine Pauschale auferlegt, die sich an den bisherigen Wohngeldzahlungen orientiert. Nach Auf-fassung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg ist diese Pauschale zu hoch angesetzt.

Nachdem die für Juni 2005 vorgesehene Spitzabrechnung der Unterkunfts-kosten je Kommune auf den Oktober 2005 verschoben wurde, steht nun mittlerweile fest, dass sich die Abrechnung der tatsächlichen Ausgaben durch die Arbeitsagentur weiter verzögert und in diesem Jahr nicht fertig gestellt sein wird.

Presseverlautbarungen ist zu entnehmen, dass die entsprechenden EDV-Programme der Arbeitsagentur jetzt funktionieren und das Datenmaterial je Kommune zu Beginn des Jahres 2006 ausgewertet werden kann.

Die Gemeinden haben die rechtliche Verpflichtung, die festgesetzte Pauschale zu bezahlen. Etwaig überzahlte Beträge sind im Rahmen der späteren Abrechnung zu erstatten.

Herr Rüter fragt nach, ob diese überplanmäßige Ausgabe durch Mehreinnahmen gedeckt ist. Bürgermeister Dornquast erklärt, dass eine Deckung über Minderausgaben für die Abwicklung von Altfällen nach dem BSHG für den Betrag in Höhe von 50.000 EUR



hergestellt werden kann (siehe Vorlage). Der restliche Betrag ist im Rahmen des Jahresergebnisses abzudecken.

Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass die Tischvorlage der Gemeindevertretung in der morgigen Sitzung zur Beratung vorgelegt wird.

Beschluss: **Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die überplanmäßige Ausgabe unter der Haushaltsstelle 48200.6911 in Höhe von 83.000,00 EUR zu genehmigen.**

Beschlussfassung: **Einstimmig**

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Haushalt 2006 - Antrag der WHU-Fraktion“

Dieser Tagesordnungspunkt ist auf Antrag der WHU-Fraktion zu beraten. Den schriftlichen Antrag haben alle Ausschussmitglieder vorab erhalten. Als Information ist die Beratungsvorlage für die Sitzung der Gemeindevertretung 20/2003-2008 am 13.12.2005 zum Tagesordnungspunkt „Haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006 einschließlich Investitionsplan 2005-2009 mit Finanzplan“ an alle Ausschussmitglieder verteilt worden.

Herr Schäfer begründet den Antrag der WHU-Fraktion. Er ist der Auffassung, dass die in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses gefassten Beschlüsse in den Haushalt 2006 einzuarbeiten sind. Nach Einarbeitung dieser Beschlüsse müsse der Haushalt den gemeindlichen Gremien in der bereinigten Fassung nochmals vorgelegt werden.

Bürgermeister Dornquast verweist auf die Beratungsvorlage zum Haushalt 2006 anlässlich der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 28.11.2005. Danach können Änderungsbeschlüsse durch Haushaltssperren und zusätzliche Bewilligungen bewerkstelligt werden. Er schlägt vor, die umfangreichen Änderungen in den 1. Nachtragshaushalt 2006 einzuarbeiten. Der 1. Nachtragshaushalt 2006 kann zu einem frühen Zeitpunkt im Haushaltsjahr 2006 vorgelegt werden.

Herr Brocks stellt fest, dass der vorgelegte Entwurf das Antragswerk der CDU-Fraktion nicht voll berücksichtigt. Er führt die einzelnen Punkte wie folgt auf:

1. Für die Verkaufserlöse aus Gewerbeflächen bei Haushaltsstelle 88000.3420 sollte der bisherige Ansatz in Höhe von 500.000,00 EUR um 400.000,00 erhöht werden.
2. Nach interner Beratung ist die CDU-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, die Kürzung für die Kunst am Bau bei der Realschule Rhen rückgängig zu machen.
3. Die Kürzung der Zuschüsse für die Sportvereine soll ebenfalls entfallen.
4. Der Sperrvermerk für den Bau der Schichtwohnungen bleibt bestehen.

Herr Ostwald stellt klar, dass es sich bei der Verhängung von Sperrvermerken nicht nur um eine Art der haushaltstechnischen Abwicklung handelt. Wenn ein Ansatz gestrichen



oder gekürzt wird, dann sind die Haushaltsmittel weg und stehen nicht mehr für Ausgaben zur Verfügung.

Frau Honerlah sieht einen Unterschied darin, ob Ausgaben gestrichen bzw. gekürzt oder durch Haushaltsvermerk gesperrt sind. Es stehen jetzt Zahlen im Haushalt, die in Folgejahren nicht mehr nachvollzogen werden können. Der Vorschlag der Verwaltung für die Sitzung der Gemeindevertretung am morgigen Tage entspricht nicht der Beschlusslage gemäß Niederschrift der letzten Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung.

Das dem Antrag der CDU zugrunde liegende und nicht nachvollziehbare Zahlenwerk hat zu Beschlüssen geführt, die der Auslegung durch die Verwaltung bedürfen. Es ist nicht verständlich, ob hier negative oder positive Sperrvermerke beschlossen wurden. Deshalb muss klar erarbeitet werden, worüber zu reden ist. Der Haushalt sollte nicht mit einer Fülle von Sperrvermerken versehen werden, weil dieser ein Kompendium bildet, welches die Beschlusslage der gemeindlichen Gremien widerspiegelt.

Frau Lessing macht deutlich, dass das Antragswerk der CDU-Fraktion in größerer Zahl Positionen enthielt, die nicht Gegenstand der Beratung waren. Als einheitliche Grundlage der Beratung ist der Verwaltungsvorschlag heranzuziehen und nicht der Haushalt des Jahres 2005 ohne Berücksichtigung der Nachtragshaushalts. Sofern der CDU-Fraktion daran gelegen ist, die Dinge mit allen Ausschussmitgliedern gemeinsam zu erarbeiten, bittet sie darum, derartige Anträge künftig rechtzeitig an alle Ausschussmitglieder zu verteilen.

Herr Ostwald weist noch einmal grundsätzlich darauf hin, dass die Verwaltungsvorlage für die Sitzung der Gemeindevertretung am 13.12.2005 nicht der Beschlussfassung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss entspricht. Die Beschlussfassung beinhaltet Kürzungen für verschiedene Haushaltsstellen; in der Verwaltungsvorlage sind Sperrvermerke für genau diese Haushaltsstellen ausgewiesen.

Herr Rüster befindet die in der letzten Sitzung beschlossenen Einsparungen für in Ordnung. Es war lediglich schwer erkennbar, inwieweit der Ausgleich des Haushalts gelungen ist. Seiner Auffassung nach hätte man eine Rangfolge der Einsparungen aufstellen sollen.

Bürgermeister Dornquast erinnert daran, dass die Verwaltung immer darauf hingewiesen hat, dass Änderungsbeschlüsse erst im nächsten Nachtragshaushalt umgesetzt werden können. In der Verwaltungsvorlage sind die Beschlüsse für die Sitzung der Gemeindevertretung am 13.12.2005 aus den Haushaltsberatungen so zusammengefasst, um den Haushalt 2006 beschlussfähig zu machen. Im momentanen Verfahrensstand funktioniert diese Zusammenfassung nur mittels entsprechender Sperrvermerke.

Herr Brocks sieht die Umsetzung der Beschlüsse mittels Sperrvermerk im Haushalt 2006 als eine Verfahrensweise an, die zielführend ist.

Frau Honerlah betrachtet die vorgeschlagene Umsetzung der Beschlüsse als eine Interpretation des Zahlenwerks der CDU-Fraktion.

Die Sitzung wird zunächst für 5 Minuten unterbrochen. Im Verlauf dieser Unterbrechung wird die Sitzungspause um weitere 5 Minuten verlängert.



Herr Brocks berichtet, dass die CDU-Fraktion das Zahlenwerk ihres Antrages fraktionsintern in einem besonderen Arbeitskreis intensiv beraten hat. Die aufgrund dieses Antrages in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses gefassten Beschlüsse sind in der Beratungsvorlage für die Sitzung der Gemeindevertretung am 13.12.2005 richtig umgesetzt und werden von der CDU-Fraktion so akzeptiert.

Das gewünschte Ziel, der Gemeindevertretung einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, ist erreicht. Aus diesem Grund wird keine Notwendigkeit gesehen, von der Verwaltungsvorlage für die Sitzung der Gemeindevertretung am 13.12.2005 abzuweichen. Ausnahme bilden die eingangs genannten Kürzungen, die rückgängig gemacht werden sollten.

Herr Ostwald zieht aus dem vorangegangenen Wortbeitrag den Schluss, dass aus den beschlossenen Etatkürzungen Sperrvermerke werden. Er fragt die CDU-Fraktion, was sie unternimmt, wenn der Sperrvermerk aufgehoben wird. Unter Verweis auf den Wortbeitrag von Herrn Rüster wären die Sperrvermerke nach Priorität zu bewerten.

Bürgermeister Dornquast stellt klar, dass die Sperrvermerke nur durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss aufgehoben werden können, weil es sich um eine Beschlussfassung zum Haushalt handelt. Die Sperrvermerke werden im Nachtragshaushalt in Kürzungen umgesetzt. Inwieweit die Kürzungen bestehen bleiben oder freigegeben werden, ist im Rahmen der Beratung über den Nachtragshaushalt durch die gemeindlichen Gremien zu entscheiden.

Die Ausschussmitglieder beraten im weiteren Verlauf der Sitzung über die Einzelpositionen Nr. 1 – Nr. 14 der Vorlage zur Sitzung der Gemeindevertretung 20/2003-2008 am 13.12.2005.

Herr Ostwald fragt, warum in der Grundschule Rhen Notausgänge herzustellen sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Notwendigkeit, hier zusätzlich Notausgänge zu schaffen, ist anlässlich einer Begehung durch den Sicherheitsingenieur festgestellt worden. Durch die Schließung des Laubenganges sind die Fluchtmöglichkeiten nicht mehr so gegeben, wie es vorher der Fall war. Außerdem ist dem Kreis Segeberg als untere Bauaufsichtsbehörde nachzuweisen, dass für die im hinteren Bereich liegenden Räume zwei Rettungswege vorhanden sind. Der erste Rettungsweg führt direkt nach außen und der zweite Rettungsweg leitet über den Laubengang nach außen. Die Notausgänge sind im Werkraum (Ersatz des maroden Fensters durch eine Tür) und im Ruheraum „Stiller Ozean“ herzustellen.

Die Ausschussmitglieder stellen fest, dass es in der Diskussion um Einsparungen bei der Sanierung des Schulgebäudes der Grundschule Rhen (Gesamtetat: 60.000,00 EUR) ging. Die Sanierung der Schülertoiletten sollte von diesen Kürzungen nicht betroffen sein. Dementsprechend geht die Kürzung zu Lasten der Herstellung der Notausgänge.

Herr Wengler schlägt vor, die Kürzung für die Herstellung der Notausgänge rückgängig zu machen und die Mittel im Haushalt 2006 wieder bereitzustellen. In der Beratung zu diesem Punkt ist es in der letzten Sitzung nicht deutlich geworden, dass von dieser Kürzung die Herstellung der Notausgänge betroffen ist.



Alle Ausschussmitglieder sind sich einig darin, die Kürzung bei Haushaltsstelle 21120.9510 für die Grundschule Rhen in Höhe von 20.000,00 EUR rückgängig zu machen.

Frau Lessing weist darauf hin, dass aufgrund der derzeitigen Beschlusslage die Beleuchtungserneuerungen in den Schulen wegfallen. Sie möchte wissen, inwieweit die Gemeinde verpflichtet ist, diese Erneuerungen durchzuführen.

Bürgermeister Dornquast äußert sich dahingehend, dass eine Verpflichtung nur für Klassenräume gelten könne, nicht jedoch für die Sporthallenbeleuchtung.

Herr Schäfer stellt den Antrag, im Haushaltsjahr 2006 Mittel für

- die Gebäudesanierung der Grundschule Ulzburg (Sporthallenbeleuchtung) in Höhe von 20.000,00 EUR und
- die Sporthallensanierung an der Grundschule Rhen (Erweiterung Warmwasserbereitungsanlage) in Höhe von 15.000,00 EUR sowie
- die Neueinrichtung eines Werkraumes an der Schule am Beckersberg in Höhe von 42.000,00 EUR

bereitzustellen.

Frau Lessing beantragt für die SPD-Fraktion, die Mittel für die Inventarerstaussstattung der Kurse für die Ganztagschule an der Schule am Beckersberg wieder bereitzustellen.

Der Antrag von Frau Lessing,

Mittel in Höhe von 5.000,00 EUR für die Inventarerstaussstattung der Kurse für die Ganztagschule an der Schule am Beckersberg bei Haushaltsstelle 21500.9353 bereitzustellen,

**wird mit
bei**

**7 Stimmen
4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Ostwald,
Schäfer)**

abgelehnt.

Der Antrag von Herrn Schäfer,

Mittel in Höhe von 20.000,00 EUR für die Gebäudesanierung der Grundschule Ulzburg (Sporthallenbeleuchtung) bei Haushaltsstelle 21110.9500 bereitzustellen,

**wird mit
bei**

**7 Stimmen
4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Ostwald,
Schäfer)**

abgelehnt.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig darin, trotz Abstimmung vorstehenden Antrag bis zur morgigen Sitzung zurückzustellen.



Der Antrag von Herrn Schäfer,

**Mittel in Höhe von 15.000,00 EUR für die Sport-
hallensanierung an der Grundschule Rhen (Er-
weiterung Warmwasserbereitungsanlage) bei
Haushaltsstelle 21120.9511 bereitzustellen,**

**wird mit
bei
abgelehnt.**

**7 Stimmen
4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Ostwald,
Schäfer)**

Der Antrag von Herrn Schäfer,

**Mittel in Höhe von 42.000,00 EUR für die die Neu-
einrichtung eines Werkraumes an der Schule am
Beckersberg bei Haushaltsstelle 21500.9352 be-
reitzustellen,**

**wird mit
bei
abgelehnt.**

**7 Stimmen
4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Ostwald,
Schäfer)**

Der Antrag von Herrn Brocks,

**die Kürzung der Mittel in Höhe von 13.600,00
EUR für die Kunst am Bau der Realschule Rhen
bei Haushaltsstelle 22100.9502 rückgängig zu
machen,**

**wird mit
bei
angenommen.**

**10 Stimmen
1 Stimme dagegen (Rüster)**

Der Antrag von Herrn Brocks,

**die Kürzung der Mittel in Höhe von 10.000,00
EUR für Zuschüsse an Sportvereine bei Haus-
haltsstelle 55000.9880 rückgängig zu machen,**

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag von Herrn Schäfer,

**die Mittel in Höhe von 1.175.800,00 EUR für die
Gründung einer Jugendstiftung bei Haushalts-
stelle 91000.9300 zu streichen,**

**wird mit
bei
abgelehnt.**

**7 Stimmen
4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Ostwald,
Schäfer)**



Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden ergeben sich keine weiteren Anträge.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“

Bürgermeister Dornquast berichtet über den Eingang des Förderbescheides aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB). Danach ist die Maßnahme zur Einrichtung einer Ganztagsbetreuung an der Grund- und Hauptschule am Beckersberg zur Förderung anerkannt. Für das Haushaltsjahr 2006 ist ein Zuschuss in Höhe von 681.300,00 EUR zur Auszahlung an die Gemeinde Henstedt-Ulzburg vorgesehen.

Weiterhin berichtet Bürgermeister Dornquast, dass das Schulbau- und Sanierungsprogramm 2006 des Kreises Segeberg vorliegt. Er stellt die in das Programm aufgenommenen Maßnahmen vor.

Nach Mitteilung des Innenministeriums beträgt die vorläufige Zahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer 8.645.401,00 EUR für das Haushaltsjahr 2005. Bei Gegenüberstellung des Haushaltsansatzes ergibt sich eine Mindereinnahme in Höhe von 58.499,00 EUR. Aus der vorläufigen Abrechnung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ergibt eine Mehreinnahme in Höhe von 818,00 EUR.

In der Angelegenheit „Spenden für die Renovierung der Alsterquelle“ erläutert Bürgermeister Dornquast den Vorgang. Aufgrund der Zusage eines Spenders war geplant, die Renovierung der Alsterquelle mit Mitteln in Höhe von 2.530,00 EUR umzusetzen. Bei der Durchführung der Maßnahme ergaben sich Änderungen, so dass die Umsetzung mit geringerem Mitteleinsatz möglich war. Die Gemeinde hat die Kosten für den Glensanda (Wegebefestigung) und des Restbestand an Pflasterklinker, der auf dem Baubetriebshof eingelagert wurde, getragen. Der Spender hat seine Zuwendung nach Abrechnung der Maßnahme an die Gemeinde Henstedt-Ulzburg überwiesen.



Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Rösel fragt an, ob der Verwaltung der Grund des Stromausfalls in der vergangenen Woche auf dem Rhen bekannt ist.

Die Frage wird von Bürgermeister Dornquast verneint.

Vor Schluss der Sitzung gibt Herr Meschede bekannt, dass er sein Amt als Vorsitzender dieses Ausschusses aus beruflichen Gründen zum 31.12.2005 niederlegt. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern, Bürgermeister Dornquast und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

gez. Michael Meschede
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)